



A7

## Antrag

**Initiator\*innen:** Citou Müller (GRAS Bochum)

**Titel:** Gegen Gazaoffensive und Kriegsverbrechen!

### Antragstext

3651 Die Campusgrün Bundesdelegiertenversammlung möge beschließen:

3652

3653 "Die Delegiertenversammlung von Campusgrün benennt die Kriegsverbrechen  
3654 von Israel und den möglichen Völkermordsbestand von Israel an den  
3655 Palästinenser\*innen als solche.

3656

3657 Ungeachtet der Rechte des Staates Israels beobachten wir, dass Israel  
3658 sich nicht im Einklang mit dem Völkerrecht verhält. Palästinenser\*innen  
3659 werden aus ihrer Heimat vertrieben, der Zugang zu Hilfsgütern wird der  
3660 Bevölkerung verwehrt, und grundlegende Infrastruktur wurde und wird  
3661 weiterhin zerstört.

3662

3663 Wir zitieren Franziska Brantner's Pressemitteilung: "Der Weg zum Frieden  
3664 braucht den Rückhalt einer starken Zivilgesellschaft". Wir, Campusgrün,  
3665 sind Teil dieser Zivilgesellschaft und sagen "Nein" zu Krieg, Terror,  
3666 Annexion und Vertreibung. Stattdessen sagen wir "Ja" zu Solidarität mit  
3667 den Palästinenser\*innen, und den Israelis, die sich für Menschenrechte  
3668 und Rechtsstaatlichkeit einsetzen. Wir fordern einen Waffenstillstand  
3669 und einen Waffenlieferungsstopp an Staaten, die Kriegsverbrechen  
3670 begehen, sowie den ungehinderten Zugang zu humanitärer  
3671 Hilfslieferungen."

### Begründung

"Wir engagieren uns für Projekte im Bereich internationaler gemeinsamer  
Praxis, der Friedens- und Anti-Kriegsarbeit, der

(Post)Kolonialismuskritik und der globalen Solidarität mit unterdrückten, verfolgten und ausgebeuteten Menschen."

So steht es in unserem Grundsatzprogramm, und das Ziel dieses Antrags ist es, einen gemeinsamen Nenner für die Situation Palästinas zu finden. Das Thema führt generell zu Unsicherheiten darüber, was gesagt werden kann, soll, und was zu Spaltungen führt. Trotzdem dürfen wir uns schwierigen Fragen nicht verweigern, sondern müssen uns stets zum Erhalt von Menschenrecht bekennen. Dieser Antrag bezieht sich rein auf jene Sachlage, die vom internationalen Gerichtshof anerkannt wurde. Auch die genannten Forderungen orientieren sich an den Empfehlungen des internationalen Gerichtshofs. Dieser Antrag soll also eine gemeinsame Basis bieten, auf derer man sich politisch einbringen kann ohne befürchten zu müssen, etwas falsches zu sagen.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.